



TRIBÜNE

Trügerische Hoffnung auf Demokratie

von Uwe Sunde

Auf den ersten Blick geben die jüngsten Ereignisse in den arabischen Ländern Anlass zur Hoffnung: Die Sehnsucht nach politischer Freiheit bewirkt Veränderungen, die man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätte, ohne dass es dazu einer Einmischung von aussen bedurft hätte. In Tunesien wurde zum erstenmal in einem arabischen Land ein Despot, der sein Land über Jahrzehnte mit harter Hand regiert hat, durch Massendemonstrationen für demokratische Reformen zum Abdanken und zur Flucht gezwungen. Ähnliche Szenen spielen sich mittlerweile in mehreren anderen arabischen Ländern ab, die Protestwelle hat Ägypten, Algerien, den Jemen und Jordanien erreicht. Wie in Tunesien werden auch dort die Menschen von der Hoffnung auf eine vielversprechende Zukunft angetrieben, die Mitbestimmung, Demokratie und auch wirtschaftlichen Wohlstand verheisst. Nicht zuletzt ist die desolante wirtschaftliche Lage in vielen dieser autokratisch oder oligarchisch regierten Ländern der Auslöser für die Protestbewegung.

Doch gleichzeitig stellt sich die bange Frage nach den Erfolgsaussichten dieser Proteste. Welche Perspektiven haben Länder wie Ägypten nach demokratischen Reformen? Wird eine Demokratisierung die politische Lage stabilisieren und die wirtschaftliche Lage verbessern, wie von den Demonstranten erhofft, die ihr Leben für diese Sache einsetzen? Oder wird es einen Rückfall in das alte Regime oder in die Anarchie geben?

Ein oberflächlicher Blick auf die Geschichte und die Statistiken ist zunächst nicht sehr erhellend. Zwar sind Demokratien im Schnitt reicher als autoritäre Staa-

ten. Auch sind wichtige Wachstumsfaktoren wie Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechte in Demokratien normalerweise besser ausgebildet. Aber es lassen sich genügend Gegenbeispiele für reiche (und schnell wachsende) Länder finden, die nicht demokratisch regiert werden. Und es gibt auch autoritäre Staaten, die gut in internationalen Rankings von Rechtsstaatlichkeit und Eigentumschutz abschneiden. Schliesslich sind Demokratien nicht einmal unbedingt stabiler oder besser gegen Bürgerkriege oder soziale Konflikte gefeit. So hat die westliche Welt Regime wie die von Ben Ali und Mubarak lange als vermeintliche Garanten von Stabilität gestützt.

Ein zweiter Blick auf die Daten verrät jedoch mehr. So scheint es nicht unbedingt nur der Übergang zur Demokratie selbst zu sein, der zu einer signifikanten Verbesserung von institutionellen Rahmenbedingungen, Stabilität und letztlich den wirtschaftlichen Lebensbedingungen führt. Vielmehr scheint das Über-

Demokratien mit gewaltsamer Entstehungsgeschichte weisen ein erhöhtes Risiko von Bürgerkriegen auf, und fallen leichter in autokratische Regierungsformen zurück.

gangsszenario eine entscheidende Rolle zu spielen. Anhand von Daten der sogenannten dritten Welle der Demokratisierung, also der politischen Liberalisierung seit Beginn der 1970er-Jahre, lässt sich zeigen, dass Länder, die einen gewaltsamen Übergang zur Demokratie erlebten,

nicht unbedingt besser abschnitten als Länder, deren politisches System sich im Vergleichszeitraum nicht verändert hat. Die bürgerlichen Freiheiten im politischen wie wirtschaftlichen Sinn haben sich in diesen Ländern genauso wenig verbessert wie das Wirtschaftswachstum. Dagegen zeitigen Länder, deren Übergang zur Demokratie friedlich verlaufen ist, signifikante Verbesserungen im Bereich bürgerlicher Freiheiten sowie im Wirtschaftswachstum. Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Ländern mit gewaltsamer und friedlicher Demokratisierung betrifft die politische Stabilität und die Gefahr eines Bürgerkrieges: Demokratien mit gewaltsamer Entstehungsgeschichte weisen ein erhöhtes Risiko von Bürgerkriegen auf und fallen leichter in autokratische Regierungsformen zurück.

Ein möglicher Schluss aus diesen Beobachtungen ist, dass neue Demokratien nicht per se besser funktionieren als Nicht-Demokratien. Dies scheint vielmehr nur dann der Fall zu sein, wenn der Demokratisierungsprozess auf einem ausreichend stabilen Konsens in der Bevölkerung dahingehend basiert, dass die Demokratie die beste Staatsform darstellt. Nur dann scheint sich Demokratie wirklich auszuzahlen, im übertragenen wie im wörtlichen Sinne.

Was lässt sich also über die Perspektive für Länder wie Ägypten sagen? Während statistische Zusammenhänge nicht ohne weiteres auf alle Einzelfälle pauschalisiert werden können, geben die genannten Zusammenhänge dennoch Aufschluss über mögliche Entwicklungsszenarien. Solange es einflussreiche Bevölkerungsteile gibt, die demokratische Reformen nachhaltig bekämpfen, wird sich die Hoffnung auf eine vielversprechende Zu-



kunft, die eine stabile Demokratie und nachhaltigen, breit verteilten Wohlstand verheisst, nicht notwendigerweise realisieren. So mögen in diesem Fall zwar formell demokratischere Strukturen installiert werden, doch es droht ein Klima wiederkehrender Gewalt.

In Ägypten erscheint die Lage derzeit dramatisch und unübersichtlich. Es kommt zu Gewaltausbrüchen, die möglicherweise gezielt vom Regime genutzt werden, um die Lage zu destabilisieren und daraus machtpolitisches Kapital zu schlagen. Dass sich das Militär bislang geweigert hat, die Demonstrationen gewaltsam zu unterdrücken, gibt Grund zur Zuversicht. Doch es wird entscheidend davon abhängen, welche Interessen die Mitglieder der bisherigen Führungselite und des Militärs verfolgen. Aus statistischer Sicht erscheinen die Prognosen für eine prosperierende, stabile Demokratie in einem gewaltsamen Übergangsszenario wenig erfolgversprechend. Nur wenn es im Interesse der herrschenden Eliten liegt, demokratische Reformen zuzulassen und dadurch eine Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, ist zu erwarten, dass die Reformbewegung in Ägypten, aber auch in Tunesien oder anderen Ländern, zu einem friedlichen und erfolgreichen Demokratisierungsprozess führen werden.



Uwe Sunde

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Seine Forschungsarbeit befasst sich mit den Voraussetzungen für langfristiges Wirtschaftswachstum.